Objekttyp: **Corrections**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **30 (2010)**

Heft 59

PDF erstellt am: **23.05.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

Als Fanal des Aufbruchs „gegen den Islam“ gilt für Europas Rechte das in der Schweiz per Volksabstimmung im Herbst 2009 zum Gesetz erhobene „Minarettverbot“. Und die Annahme der Initiative der Schweizerischen Volkspartei (SVP) zur „Ausschaffung krimineller Ausländer“ im November 2010 bestärkt die nationalkonservativen Kräfte der bürgerlichen Parteien in ihrem Bestreben, das Nationale zu politisieren und die EU-Feindschaft anzuheizen. Sie machen das „Schweizertum“ zur Schicksalsfrage des Landes, betreiben ihre Ausländerpolitik als Dauerwahlkampf. Bereits planen sie, die Einwanderung aus Nicht-EU-Staaten weiter zu erschweren und setzen damit den Bundesrat erneut unter Druck. So treibt dieser beispielsweise mit seinem aktuellen Vorschlag, die Daten zwischen Sozialversicherungen, Schulbehörden und Fremdenpolizei auszutauschen, die Sans-Papiers weiter in die Illegalität.

Umso dringlicher sind Analysen und darüber hinaus Konzepte und linke Gegenstrategien, die auf eine demokratische und soziale Integration aller Migrantinnen und Migranten abzielen und dabei kompromisslos Menschenrechte und Völkerrecht verteidigen.

**Dank**

Zu besonderem Dank verpflichtet sind wir der PRO HELVETIA – Schweizer Kulturstiftung (Zürich), die das Erscheinen des Heftes 58/2010 „Steuergerechtigkeit – umverteilen!“ finanziell mitgetragen hat. Unser Dank gilt ferner der Gewerkschaft UNIA für ihren Unterstützungsbeitrag.

**Korrigendum**

Die Redaktion möchte sich für einen ärgerlichen Druckfehler in Heft 58 entschuldigen. Die Autorin des Beitrags über die Europäische Sozialcharta und das Abseitsstehen der Schweiz heisst *Doris Stump*.

Ende Dezember 2010 Die Redaktion